

Volksmacht

Ungekupferte Preis: Die neuangegebene... 1.30

Die Volksmacht erscheint täglich mit... 1.30

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telephon: Redaktion 3795. Expedition 3290.

Nr. 136 Dienstag, den 17. Juni 1919 10. Jahrgang

Die englischen Arbeiter gegen den Proteststreik.

Parteitag und Räte.

In der Schlußsitzung des Weimarer Parteitag... Die Beschlüsse des Parteitag...

Auf dem Parteitage wurden Sonnabend... Die Beschlüsse des Parteitag...

Bis Sonnabend?

Paris, 16. Juni. (W. Z. B.) „Ras...“ berichtet, daß der Generalsekretär der... Die Beschlüsse des Parteitag...

Da ähnliche Nachrichten bereits Sonnabend... Die Beschlüsse des Parteitag...

So könnte die nächsten Tage das deutsche... Die Beschlüsse des Parteitag...

Der Hunger soll helfen. Paris, 16. Juni. (W. Z. B.) Der Oberste... Die Beschlüsse des Parteitag...

Schutz dem Osten!

Der entschlossene Wille der Reichsregierung... Die Beschlüsse des Parteitag...

Die Regierung ist entschlossen, einen polnischen... Die Beschlüsse des Parteitag...

In jedem dieser Fälle ist die Regierung bereit... Die Beschlüsse des Parteitag...

Der Reichsminister sagt hinzu: Auch wenn diese... Die Beschlüsse des Parteitag...

Die Bevölkerung des Ostens muß allerdings... Die Beschlüsse des Parteitag...

Berlin, 14. Juni. Von zuständiger Stelle wird... Die Beschlüsse des Parteitag...

Ein Konflikt mit Polen.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden der inter... Die Beschlüsse des Parteitag...

lassen, die Transporte vorerst fortzusetzen... Die Beschlüsse des Parteitag...

In der vom Reichsminister Eraberger erwä... Die Beschlüsse des Parteitag...

Eine Antwort Duponts.

Auf den Brief vom Reichsminister Eraberger... Die Beschlüsse des Parteitag...

Marchieren sie?

Wir geben vor einigen Tagen eine Pariser... Die Beschlüsse des Parteitag...

Sozialdemokratischer Parteitag.

Reichsminister Noack: Man sagt, es... Die Beschlüsse des Parteitag...

In einem Augenblick, wo die Millionen Forder... Die Beschlüsse des Parteitag...

Mit Reden, wie sie Landrichter Groll und... Die Beschlüsse des Parteitag...

ist keineswegs ausgeschlossen, daß Frankreich... Die Beschlüsse des Parteitag...

Amsterdam, 14. Juni. (W. Z. B.) Der „Le...“... Die Beschlüsse des Parteitag...

Also: laßt alle Hoffnung auf die Internationale... Die Beschlüsse des Parteitag...

Die Streitwelle.

Genève, Montag, beginnt der Bergarbeiterstreik... Die Beschlüsse des Parteitag...

Paris, 16. Juni. (W. Z. B.) Der Transport... Die Beschlüsse des Parteitag...

Bern, 14. Juni. Die Streitwelle hat sich in... Die Beschlüsse des Parteitag...

Genf, 14. Juni. Der Streik der Telegraphen... Die Beschlüsse des Parteitag...

Daß diese es für meine Pflicht, mich für das... Die Beschlüsse des Parteitag...

Weserungszustand, flexibel uns Zeitungen und... Die Beschlüsse des Parteitag...

Wir mußten in Berlin unsere Arbeit ver... Die Beschlüsse des Parteitag...

man weiß, wie es ausgeht, unserem Volke auszu-
sagen. Gegen solche Gewaltverbrechen muß jede
Regierung wehren und der Gewalt, wenn
solche angewendet wird, ihrerseits Gewalt entgegen-
stellen.

Wir alle haben von der bewaffneten Macht, die
dazu berufen ist, die demokratische Staatsordnung
gegen jeden gewalttätigen Umsturzversuch zu verteidigen
oder sich zu schützen, ein sehr klares Bild: sie soll
aus lauter überzeugten Angehörigen der neuen Regie-
rung bestehen, aus unbefangenen Männern der
Freiheit, die nur dort angreifen, wo es die Ver-
teidigung des Rechts gebietet. Wir sind von diesem
Bilde noch weit entfernt, aber das schwerste
Sündenbild auf diesem Wege ist der Bruderkampf
unter den Arbeitern, selbst mit einer Gruppe, die
zu einem Drittel aus Mehrheitssozialisten, Un-
abhängigen und Spartaisten besteht, ist nichts anzu-
sagen. Wir sind noch kräftig bestraft, jeden reaktio-
nären Geist, jede zu Ausschreitungen verleitende
Wüßrigkeit aus den noch bestehenden bewaffneten
Verbänden auszurotten, aber so weit die Reak-
tion angeblich Fortschritte errungen hat, sind sie nur
erwogen worden durch die Uneinigkeit des Proletariats
und die schmerzliche Besserung, die in
seinem Reibe eintritt.

Auch gegen rechts muß die Sozialdemokratie
auf der Wacht bleiben zur Verteidigung des teuer
erkauften Demokratie, denn wenn der Spartaismus
so wie bisher der Reaktion die Türen in die
Hände treibt, dann kann man nie wissen, was eines
Tages wird. Wenn die Reaktion die Grundlagen
des Sozialstaates antastet, dann soll sie abgelehnt
werden, das ist für ewige Zeiten das Wieder-
schließen verbleibt. Wir wollen nicht zurück, sondern
vorwärts zur Freiheit. Darum sehen wir den
Tag herbei, der uns der peinigenden Pflicht ent-
bindet, Maßnahmen des Zwanges anzuwenden, die
uns in tiefer Seele zuwider sind und zu denen wir
uns nur nach schwersten inneren Kämpfen erst
entschieden haben. Ich sage mit voller Ueberzeugung:
Nieder mit dem Belagerungsband! In dem Augenblick,
in dem Spartaismus darauf verzichtet,
seine Gewalttätigkeit auf dem Belagerungs-
band zu begründen, wird dieser von der andern
Seite erledigt sein. Wann werden wir endlich den
inneren Krieg durch einen ehrlichen Frieden be-
enden können? Ihn herbeizuführen, muß das Bei-
treiben ehrlichen Arbeiterfreunde sein; jeder muß be-
reit sein, dafür, wenn es sein muß, seine Person
zum Opfer zu bringen. Ich bin dazu bereit, aber
niemand würde sich dafür zu haben sein, daß der demo-
kratische Kern unseres sozialistischen Programms
in seiner Gesamtheit verloren geht. Hier sind
Kompromisse unmöglich.

Auf wirtschaftlichem Gebiet häufen sich die Pro-
bleme in verwirrender Fülle. Das ist kein Wunder,
denn der Sozialismus ist vollkommen neu-
land. Außerdem hängt die Wirtschaftsordnung mit
dem ganzen Weltwirtschaftszusammenhang zusammen.
Der tiefste Sinn, der uns vorgelegte Friedensbe-
dingungen ist nun der, daß der steigende Kapitalis-
mus Deutschland seine Wirtschaftsformen aufzu-
zwingen will. Das ganze deutsche Volk soll an
einem dem fremden Kapitalisten für Hunger-
löhne bis zur Erschöpfung fronenben Lohnarbeit-
verpflichtet werden. Der Kampf geht gegen den
deutschen Sozialismus. Er ist für den westlichen
Kapitalismus ein um so schmerzlicher Feind, als
er von ihm fürchten muß, er würde nicht so dilettan-
tisch-branchengerecht wirtschaften, wie der russi-
sche Sozialismus, der als abschreckendes Bei-
spiel dient, sondern es könnten seine methodische
Arbeit und seine praktischen Erfolge bahndrehtend
werden.

Es gibt wohl in zahlreichen großen Gemeinden,
aber nur in wenigen kleinen Einzelstaaten und
auch nicht im Reichsparlament eine sozialistische
Mehrheit. Alles, was durch Reichsgewalt an sozia-
listischen Maßnahmen geschaffen werden soll, muß
mindestens die Zustimmung eines Teiles der bür-
gerlichen Parteien finden. Da muß natürlich viel
Wasser in den Wein gegossen werden. Dazu kommt
die Schwierigkeit des Neuen an sich. Alle bisherigen
Wirtschaftsordnungen sind derart natürlich ge-
wachsen, daß sie sich gegenseitig durchdrangen und
gegenseitig verdrängten, bis schließlich aus dem al-
ten etwas Neues geworden war. Die Wirtschafts-
ordnungen folgen aufeinander nicht in genau-
zeitlicher Begrenzung, sondern sie überdecken sich
teilweise gegenseitig und auch diesmal kann es
nicht anders sein.

Man kann unmöglich das Ganze der kapitalis-
tischen Wirtschaftsordnung nach dem neuen re-
gulativen Prinzip des Sozialismus umordnen, gleich-
sam wie man mit einem Rad im Spalwerk die
ganze Gangart einer Maschine umstellt. Der Weg
zur vollen Verwirklichung des Sozialismus kann
nur durch organische Entwicklung und empirisches
Vormarschschreiten gefunden werden. Auf diesem
Standpunkt stehen die Theoretiker Renner und
Edmund Fischer. Selbst eine rein sozialistische Re-
gierung, wie wir sie im Reich noch nicht besitzen,
muß durch die schwere Verantwortung, die sie
trägt, auf den Weg eines ruhigen, empirischen
Vormarschschreitens gedrängt werden. Wir müssen
jede Maßnahme darauf ansetzen, nicht nur, ob sie
sozialistisch, sondern auch daraufhin, ob sie praktisch
ist, und wir können uns nur für solche Maßnah-
men entscheiden, von denen wir mit ruhiger Zu-
versicht eine Förderung des arbeitenden Volkes er-
warten können. Das ist alles andere als „Speta-
sozialismus“. Der Sozialismus wird sich als der
richtige erweisen, der den Massen greifbaren Nutzen
bietet, wenn er ihnen auch nicht alles auf einmal
gibt. Jetzt ist noch alles Gährung und Verwirrung.
In dem ungeheuren Zustrom von neuen Partei-
gruppen darf sich der alte Stamm der Arbeiter-
klasse die Führung nicht entziehen lassen von
Elementen, die im unklaren unpolitischen Drange
ihre Bahn vorwärtsführen. Hier unterschreibe ich,
was Raubits über das Analphabetentum geschrie-
ben hat, daß sich unter Däumlings Führung im „Ar-
beiterrat“ breitet macht. Von diesen „Alles-Besser-
wässern“ dürfen wir uns nicht überrennen lassen,
sonst würde die Bewegung in einem entsetzlichen
Chaos und in grauenhafter Enttäuschung enden.

Alle diese Aufgaben unserer inneren Politik
können wir nur erfüllen, wenn in der äußeren die
Voraussetzungen dafür gegeben sind. Die ganze
Welt, nicht nur das deutsche Volk, steht heute nach
einem dauernden Rechtsfrieden. Im Beschluß des
Bürokrates ist er nicht zu finden. Unsere Feinde
bestehen sich in einem Jargon, wenn sie glauben,
notwendige Entwicklungen durch ein paar Feder-
striche zur Erkennung bringen zu können: So ge-
wis wie ein Stein zur Erde fällt durch die Macht
seiner Schwerkraft, so gewiß muß sich das Lebens-
recht des arbeitenden deutschen Volkes durchsetzen
durch die Macht des Selbstbehaltungsstriebes. Ueber
alle Mächte der Gegenwart steht die unverwundliche
die Zukunft. Unser Volk wird nicht untergehen.
Es wird nicht als Sklave fremder Kapitalisten,
sondern als gleiches unter gleichen Vätern der
Welt durch seine Arbeit dienen.

Wir suchen in Versailles Verständigung und
Versöhnung und werden uns bereit, dafür jedes
Opfer aus unserer Volkstiefe herauszugeben, das
wir bringen können, ohne sie selbst von Grund aus
zu zerstören. Man ist uns mit einem Wächtergebot
entgegengetreten! Wenigstens wie es Deutschland gegenüber
geschah, bis unsere Gewaltvolltäter ergriffen, daß
Macht etwas Vergänglichliches ist. Macht vergeht,
Macht besteht. Wir haben unser Friedensangebot
gemacht, weil wir erkannt hatten, daß nicht alle
Forderungen unserer Gegner unberechtigt sind.
Auch ohne den Dreck der feindlichen Waffen hieße
es für uns erst recht, das zerstörte Frankreich und
Belgien wieder aufzubauen. Und das Selbstbestim-
mungsrecht können wir unseren nationalfremden
Grenzbevölkerungen nicht vorenthalten. Wir sind
aus freiem Willen zu einem Vertrage bereit, der
denen drüben alle Rechte gibt, die sie vor dem Ge-
wissen der Welt für sich beanspruchen können. Er
soll auch jede Sicherheit eines dauernden Friedens
bieten, er soll als der erste aufrichtige Friedens-
vertrag den letzten Akt der Welt beschließen.
Waffengewalt kann nur noch Unrecht tun. Selber
waffenlos und machtlos, auf nichts als unser
Recht gestützt, stehen wir da und rufen ihnen zu:
„Die Waffen nieder, kein Völkerring, kein Bürger-
krieg, gleiches Recht den Völkern, gleiches Recht
den Volksgenossen! Zurück zur friedlichen Arbeit,
zum planmäßigen Aufbau! So wird aus dem
Chaos die neue Welt. Nicht die Herrschaft des
Militarismus und Kapitalismus über die Be-
stimmten, sondern die Politik der Arbeiterklasse muß
die Oberhand gewinnen über die Politik der bis-
her herrschenden Klassen. Neue Rechtsverhältnisse
sollen die alten Machtverhältnisse ablösen. Das ist
der Krieg, den wir deutschen Sozialdemokraten
auch im Frieden mit friedlichen Mitteln fortzu-
setzen gedenken.“

Unsere jetzige Niederlage kann nicht endgültig
sein für die Geschichte unseres Volkes, dessen Kräfte
zur Erneuerung unerschöpflich sind. Wir sind ge-
schlagen, ja wohl... Nun aber: auf und vorwärts,
vorwärts zum Sieg. (Stürmischer Beifall und
Händeklatschen). — Die Rede des Genossen Schei-
bmann wurde von dauernden Beifallsandrängen
unterbrochen.

Der Prozeß Ledebour.

Die Mittwochsung wurde ausgefüllt von der
Vernehmung dreier Zeugen, unter deren Auslagen
die des ehemaligen „Vorwärts“-Redakteurs Dr.
phil. Ernst Meyer die bemerkenswerteste war.
Der erste Zeuge, Arzt Dr. P., hat Ledebours
bekannte Rede am Volksvereinstadium gehört. Nach
seiner Aussage hat Ledebour die Menge aufge-
fordert, ruhig nach Hause zu gehen.
Zeuge Ernst Meyer läßt sich des weiteren
über die Stellung der kommunistischen Partei zu
der Befehlung der Zeittungen aus. Die Antis-
tischen Massen seien über den Verrat, den die
abtrünnige Presse an der Revolution verübt habe,
so empört gewesen, daß sie spontan zur Befreiung der
Zeitungsgedäude übergegangen sei. Sollte die Re-
gierung der kommunistischen Partei beim Papier-
besitz zur Ausgabe eines eigenen Blattes das
gleiche Recht eingeräumt wie den übrigen Mäthern,
so wäre die Befehlung vermieden worden. Der
Zeuge verbreitet sich ferner über die Verhand-
lungen, die zwischen der kommunistischen Partei-
leitung und der unabhängigen, vertreten durch
Ledebour, wegen der

Bereinigung der Kommunisten und Unabhängigen

gepflogen worden seien. Er gibt auf Befragen des
Angeklagten Ledebour zu, daß dieser als Ver-
treter der unabhängigen Partei für den Zusammen-
schluß folgende Voraussetzungen aufgestellt habe:
Änderung des Namens der Partei, Abänderung
des kommunistischen Beschlusses über die Betel-
lung an den Wahlen zur Nationalversammlung und
jede Verwerfung von Putschismus, Terroris-
mus und Antiparlamentarismus.
Der früher bereits vernommene Zeuge Wil-
brand wird von der Verteidigung nochmals auf-
gerufen. Er sagt aus, daß der Zeuge Fischer
einmal nach dem Markthof gekommen sei und dort
die Mitreden aufzusuchen versucht habe, weil er
„von der Kommandantur weggeführt“ worden sei.
Parteileiter Dittmann verbreitet sich über
die bekannten Gründe, die die unabhängigen Volks-
beauftragten veranlaßten, im Dezember aus der
Regierung auszutreten. Die Vernehmung Ditt-
manns wird am Donnerstag fortgesetzt.
Die Erlaubnis zur weiteren Vernehmung
des Zeugen Fischer wird in einem Telegramm
des Reichswehrministers Roske ver-
sagt.

Politisches.

Ein Generalkrieg führte in allen deutschbewoh-
nten Städten zur vollkommenen Einstellung der
Arbeit.

Die Räumung der Ostküste durch die deutschen
Truppen hat weitere Fortschritte gemacht. Auf der
Frontlinie sind die deutschen Truppen fast an allen
Stellen zurückgezogen. Der Abtransport vertrieb-
ener Formationen ist durchgehenden worden; auch
die Materialtransporte, Materialabtransporte
werden trotz der bestehenden Schwierigkeiten wei-
ter geführt.

In Urachen und Wänderungen kam es am
Sonntag in Lübeck. Den Anlaß dazu gab die
schlechte Versorgung mit Lebensmitteln. Vom Sen-
at wurde einer Kommission von Arbeitern zuge-
schickt, daß nachmittags Fische und Speck verteilt
werden. Die Urachen dauern fort.

Volkswirtschaftliches.

20 Prozent Dividende!
Akkumulatorenfabrik Akt.-Ges., Berlin-Sagan.
Das Unternehmen erzielte im abgelaufenen Ge-
schäftsjahr einen Ueberschuß von rund 3 Millionen
Mark. Er soll u. a. zur Verteilung einer Dividende
von 20 Prozent verwandt werden.

Aus den Ostprovinzen.

Herr v. Unger hamstert.
Alle geschäftlichen Verfügungen und gerichtlichen
Stufen, die wegen Hamsterei und Schleichhandel
mitunter recht enorm sind, nützen nichts mehr,
wenn der Herr Landrat v. Unger es selbst tut.
Auf einer Revisionstour des Oberen R. R.
nach Saczowen wurde unter anderem auch
Herr Landrat v. Unger am 12. Juni, abends
11 Uhr, vor Fuhrwerk mit 12 Ferkeln Schweine-
fleisch abgeholt.
Was den Herrn allerdings nicht angenehm be-
rührte. So leben die Herrchen, die fortgesetzt der drei-
ten Maie die Lebensmittel anteuern und behaupten,

man könne mit dem angewiesenen Quantum aus-
kommen!
Blitzartig wurden noch einem Weitzer aus
Sudau 11 Zentner Kartoffel beschlagnahmt und
der Verteilungstelle Hölle zugeführt.

Oliva. Es haben wir die, bei schönstem Wetter
abgemachte im Hotel Karlsbad um 2 Uhr eine
vielmehrbedeutungse, um das Best der Fah-
nenweisse zu begreifen. Viele Wählerkreise des
Wahlkreises hatten ihre Abordnungen gesandt, die
Buppote Genossen hatten ein Fahnenband ge-
schickt. Nach der marlienen Weiserede des Kreisvor-
sitzenden Gen. Brill wurde die Fahne vom Vor-
sitzenden Gen. Judes dem Fahnenträger übergeben.
Daran ordnete sich der Zug zum Umzug durch
Oliva unter Vorantritt einer Musikkapelle. Groß-
mächtige das rote Tuch im rötlichen Würde an-
bestimmert der schelen Wälder jener, denen die rote
Farbe verleiht ist. Wägen die Olivaer Genossen
unter dem roten Kapitaner noch manchen schä-
nen Sieg ersehnen. Wägen aber die Genossen und
Arbeiter aus daran denken, daß nur Einigkeit und
fester Zusammenhalt uns Erfolge sichert, daß
Verpflichtung und Uneinigkeit unsere Kraft
schwächen und nur unseren Gegnern nützen können.

Graden. An den Reichswehrminister
hat der sozialdemokratische Verein unter Gegen-
zeichnung des Gewerkschaftsrates ein Schreiben
dieses Wortlauts gerichtet: „Am 7. d. Mtz.“ vor-
mittags zwischen 10 und 11 Uhr, von durch
Graden eine Truppe der „Garde-Schützen“ in voller
kriegsmäßiger Ausrüstung. An der Spitze be-
fand sich ein Auto mit Offizieren. Dieses Auto machte
auf dem Marktplatz am Denkmal „Kaiser Wilhelm
des I.“ Halt. Zwei Gruppen Garde-Schützen tra-
ten mit vorbereitenden Girsanden an das Denkmal
heran und betrafen das Denkmal. Die Militär-
kapelle spielte das Gardebied (Text: „Das ist die
Garde, die unter Kaiser liebt“) und mar-
schierte die Truppe im Paradezuge am Denkmal
vorbei.

Vom tiefsten Arbeiterrat wurden sofort Vor-
stellungen beim hiesigen Gouverneur — Chef des
Stabes — erhoben. Das Gouvernament sprach
sein Bedauern über den Vorfall aus, erklärte je-
doch, er könne in der Angelegenheit nichts unter-
nehmen, da diese Truppe ihm nicht unterstellt ist.
In der hiesigen werktätigen Bevölkerung hat der
Vorfall begreiflicherweise große Aufregung ver-
ursacht, umal von vielen Soldaten und Offizieren
kleine Fahnen mitgeführt wurden, sogar mehrmals
die Kaiserstandarten und Kaiserbilder. Wir müssen
uns daher die Anfrage erlauben, was denkt der
Herr Reichswehrminister zu tun, um einem sol-
chen Unfug der Offiziere zu steuern? Gibt es sich
mit ihrer Auffassung von einer demokratischen Re-
gierung vereinbaren, wenn derartige Offiziere im
Dienst verbleiben? Ist dem Herrn Reichswehr-
minister bekannt, daß gerade hier im Osten in
Offizierskreisen die Ansicht vorherrscht, daß die
jetzige Regierung abgelehnt wird und das etwaige
Zusammenstoß mit den Polen im Osten als Un-
güte dienen sollen an einem militärischen Putsch
gegen die jetzige Regierung? Wir müssen forern,
deshalb mit aller Strenge von dem Herrn Reichswehr-
minister gegen derartige Elemente in Offiziers-
kreisen eingeschritten wird. Bei einer Wieder-
holung derartiger Vorkommnisse, wie oben ge-
schildert, können wir für ein ruhiges Verhalten
der Bevölkerung nicht mehr eintreten.“

lokales.

Zur Wohnungsfrage

hieß Genosse Len in der Versammlung im Verst-
weihhaus, über die wir bereits kurz berichtet, ein
Referat, in dem er im wesentlichen ausführt:

Der Krieg hat auf das Wohnungswesen der
art eingewirkt, daß wir nun Zustände zu verzei-
chen haben, die man zum mindesten als häßliche
bezeichnen muß.
Das kam eines Teils daher, daß Neubauten unter-
blieben, weil Material und Arbeitskräfte für die
Durchführung des Krieges bis zur Erschöpfung ge-
braucht wurden. An sich hatten wir in Danzig vor
dem Kriege schon einen großen Wohnungsmangel,
in der Hauptstadt an Kleinwohnungen für mittlere
und untere Beamte und für Arbeiter, während ge-
höhere Wohnungen leer standen. Der Krieg hat
dieser Zustand während des Krieges dadurch, daß
zur Durchführung des Hindenburgprogramms viele
Handwerker aus allen Gegenden Deutschlands für
die Kriegsbetriebe rekrutiert wurden, ihre Familien
nach hier kommen ließen und Wohnungen oder
mehrfache Zimmer mieteten. Der Hausstand blieb
in der alten Wohnung ihrer Heimat. Viele dieser
Beute befinden sich noch nach der Demobilisierung
in Danzig in Beschäftigung.

Andere Familien sind hinzugekommen, die aus
Wänerungen der Demobilisierungsvorkämpften aus
anderen Städten abgehoben wurden. Während
des Krieges haben außerdem viele Kriegsstraun-
gen stattgefunden. Die neuen Ehepaare be-
ziehen sich nach einem eigenen Heim.
Alle diese Ursachen zeitigen nun die Wirkung,
daß ein ungeheurer Wohnungsmangel wahrzuneh-
men ist. Wenn ich nicht irre, gibt es Danzig 8000
Wohnungsluchende. Die Zahl der Schlafstellen-
suchenden vermag ich nicht anzugeben, sie muß aber
ebenfalls, nach den Klagen zu urteilen, die dem
Gesundheitsamt zu Ohren kommen, sehr groß sein.
Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir unter diesen
Umständen in Danzig von einem Wohnwunderland
reden.

Nicht allein die Wohnungen, sondern auch die ein-
zelnen Etagen sind bei den unteren Volksschichten
überfüllt. — Das und viele andere die Wohnungs-
die das tägliche Leben mit sich bringt. Geburt und
Sterben vollzieht sich in ein und demselben Raum,
vor den Augen und Ohren aller Beteiligten, welche
häufigsten Gefahren dieses Wohnungselend bei fer-
der Geschlechtern jugendlichen Alters — noch dazu
in Anbetracht der durch den langen Krieg erkränk-
ten Volkseele — auslöst, kann man sich vorstellen,
wenn man bedenkt, daß jung und alt in ein und
demselben Raum bauen müssen.

Was haben nun die Behörden gegenüber die-
sem Zustande zur Abhilfe veranlaßt. 30 Wochen
sind schon nach Ausbruch der Revolution verlossen,
wo anerkannt und gehandelt werden konnte und
immer noch ist keine Besserung eingetreten. Ein
Wohnungsnachweis mit Zwangsmaßnahme ist einge-
richtet. In der Praxis läuft dieser darauf hinaus,
daß mit der Wohnungszuteilung zugleich die
Nachricht kommt, die Wohnung ist vermietet.
Wir vermüssen auch die öffentliche Berichterstattung
durch den Magistrat über die Tätigkeit des Woh-
nungsdienstes. Es müßten monatliche Berichte her-
ausgegeben werden, wie viel Wohnungen angebo-
ten, wieviel vermittelt und wieviele unverschuldet
bleiben konnten. Die Ehen des Magistats,
das Elend anzudeuten, muß von solchen überwandern
werden.
Eine Verordnung des Magistrats vom Oktober
1918 besagt, daß kein Gebäude ohne Zustimmung

des Magistrats abgehoben werden und Wohnun-
dräume nicht zu Geschäftszwecken verwendet werden
dürfen. Der Magistrat muß aber mit einer Ver-
spiel vorgehen. Beispielsweise: Es lagte Altkrieger
über Graden.

120 Wohnungen aus durch Ausbau und Ausbe-
rathung von Bodenräumen geschaffen worden.
40 Wohnungen in Etagen eingerichtet. Das ge-
nügt bei weitem nicht. Will man der Wohnung
not energisch zu Leibe gehen, so müssen Neubauten
ausgeführt werden. Da festliches Baumaterial, wie
Ziegel, Zement, Kalk usw. fehlt, müssen billige Er-
setzungen aus Erhaltungsbau hergestellt werden.

Ich gebe zu, daß die politischen Verhältnisse eben-
falls hemmend auf die Baulätigkeit einwirken. Das
darf aber nicht ausklagend sein. Wenn wir
uns jedoch augenblicklich allein auf die Neubauten
verlassen, dann sind wir verurteilt. Es gibt
noch genügend Möglichkeiten, Wohnungsgelegenheit
zu schaffen und das muß durchgehend und schwe-
ler gesehen wie bisher. Wenn hierbei aus den
Besserbemittelten einige Einrichtungen aufgelegt
werden, so läßt sich dieses gegenüber der Not der
Arbeiterbevollmächtigten nicht ändern. Der Zugang
von Fremden nach Danzig muß gesperrt werden, wie
das in Köln, Düsseldorf, Königsberg usw. geschieht.
Es darf keine Sommerwohnungen geben. Militä-
rische Dienststellen und Bureaus in Privatwäneren,
die sich für Wohnzwecke eignen, sind von der
Militärbehörde aus zu schließen zu räumen. Auch im
Gebäude des Generalkommandos ist noch Platz für
Wohnungen. Eventl. müßte ein Ausweitungsweg
geschritten werden. Hohe Beamte haben oft
viele Zimmer, die nur zur Müßelaufstellung be-
nutzt werden. Welche Kaufleute haben in vielen
Fällen eine Stadtwohnung aus Wäner in Oliva und
Doppot. Diejenigen, die Luxuswohnungen haben,
müssen Zimmer abgeben. Es muß ein Ruf aus-
gehen, das freiwillig zu tun.

Wohnungswucher wird einmal mit dem Mieter,
dann aber auch mit dem „müßeligen Herrn“ ge-
trieben, die Miets für den Monat beträgt für die
ganze Wohnung oft nur 30—40 Mark, für die Ab-
vermietung eines Einzelzimmers jedoch 50—60 Mk.
Hier muß auch das Abteilungsamt eingreifen.
Eine wesentliche Besserung der Wohnungsfrage
kann die Eingemeindung weiterer Vororte bring-
en. Auch wenn die Stadtverordnetenwahlen einen
starken sozialistischen Einschlag in die Kommunal-
verwaltungen bringen, ist Besserung zu erwarten.

Gegen jeden Fortschritt!

Der Verband der Gewerkschaften schreibt
aus:

Die hiesigen Kaffeestüber, Schaul- und Herbergs-
wirts trübten sich mit Händen und Füßen gegen
jeden Fortschritt.
Im Laufe der Bewegung der Angestellten
rief der Vorsitzende der Unternehmer, Herr
Kamiller, mit Hilfe des christlichen Gewerkschafts-
kartells eine Streikbrecherorganisation ins Leben,
um so die gerechten Forderungen der Angestellten
unmöglich zu machen. Die erste Arbeit dieser neuen
Ordnung war die Errichtung eines Arbeitsnach-
weises und die Vermittlung von Streikbrechern.
Man sollte nun glauben, daß die Unternehmer jetzt
rechtlos für ihre Schlingeln eintreten würden.
Aber weit gefehlt. Wie? Einmal wollen diese
Stützen der Unternehmung auch nur zu den tarif-
lichen Löhnen arbeiten.

Jetzt wendet sich die ganze Freundschaft der
Arbeitgeber wieder einmal dem bekannten Stellen-
vermittler Ende zu. Er versteht es ausgezeichnet,
sich in jeder Weise den Wirten als Geschäftsführer
zu zeigen, zur Verfügung zu stellen und ist letzten Endes
schließlich auch nicht der schlechteste Gast! Aus
diesem Grunde konnte man auch einen Protest der
Unternehmer gegen das Verbot der privaten
Stellenvermittlung durch den Herrn Regierungsvor-
sitzenden in der Presse lesen, der nur das
häßliche Arbeitsamt als zuständig bezeichnet.

Hier ist endlich eine gemeinnützige Einrichtung
geschaffen, die unter gemeinsamer Verwaltung der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer steht und in jeder
Beziehung der Aufrechterhaltung beider Teile genügt.
Auch der Vorbesprechung des Schlichtungsausschusses
hatte beiden Parteien die Schaffung dieses Nach-
weises zur Pflicht gemacht und ist es uns darum
unverkündlich, aus welchem Grunde die Unter-
nehmer gegen diese Einrichtung Sturm laufen und
für Ende eine Lüge breiten.

Die Angestellten werden dem Magistrat für die
Errichtung dieses sozialen Instituts, das sie vor
jeder Ungerechtigkeit und Ausbeutung schützt, stets
Dank wissen.
Das Polizeivorstadium machen wir noch-
mals darauf aufmerksam, daß Ende, sowie der
private Radweg, Löttergasse 38 sich noch immer
betätigen. Wir erwarten, daß von dieser Seite
endlich dem Verbot Geltung verschafft wird, wenn
wir nicht annehmen sollen, daß die Polizei hieran
nicht ohnmächtig ist.

Schmerz! Gewerkschaften! Heute abend 11
Uhr im Restaurant Kaiserhof große öffentliche
Versammlung für alle im Gewerkschaftswesen be-
schäftigten Personen. Sonst für Massenbesuch!

Für die Kriegshinterbliebenen ist dem Reichs-
bund für Kriegshinterbliebene ein Foklen Leihwäse
und Stoffe für Bettbezüge überlassen worden.
Die Hinterbliebenen erhalten zwar jedoch nur
gegen einen Ausweis, den die Fürsorgestelle, Vor-
bortengasse 44, ausstellt.

Schiffbrand im Danziger Hafen. Auf einem im
Marinehafen lager liegenden türkischen Kahn, der
Del und Benzol geladen hatte, entstand Sonn-
abend abend ein unauflösbare Feuer. Der
Inhalt kam dadurch zur Explosion. Die Decken des
Kahnes wurden mit ungeheurer Kraft auseinander-
gerissen und die beiden Masten beseitigt geschleudert.
Da der brennende Kahn eine große Gefahr
für das Hafengebiet darstellte, wurde er mit
einem selbstverleibbarwärtigen, auf der Weichsel
mündender Seite, um einige leere Kohlenwäner oder
Reichwerfsteine, welche der dortigen treibende
brennende Kahn drei Kohlenfäße und zwei Vor-
dinge in Brand. Der Feuerwehrr Reinfahrwasser
und den Dampfern der Reichwerfsteine gelang es,
die beiden Vordinge abzuschöpfen, während die
Kohlenfäße ausgebrannt sind und der Rest
wälig verbrannt ist.

Deutscher Transportarbeiterverband. Auf der
am 18. Mai 1919 stattgefundenen Wahl am Ver-
bandsrat haben Estunen erhalten: Jäpel 1289, Se-
liniski 1222, Kamikowski 1145, Senghoid 1085, Vor-
towski 1107, Reinföder, Jüterburg, 883, Jan-
owski 201, Gutowski 213, Witzkowski 153, Jan-
kaufmann, 26, Schacht, Meßlad, 108, Matern,
Amirburg, 44, Genast in: Jäpel, Selinski, Ka-
mikowski, Senghoid, Vortowski, Reinföder. Wis-
Gesamtheit Emil Gutowski.

Turn- und Sportfest. Als Verbe-Berankung
hätte der Bereich für Selbstheilungen gekoren nach-
mittags auf dem Heinrich-Ebersplatz zu einem
Turn- und Sportfest eingeladen, das, regelmäßig
vom Herrlichen Turnverein, einen guten Verlauf
mit

